

2013/086
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	07.05.2013	

Betreff

Antrag der UBP-Fraktion vom 9. April 2013;
Resolution zum Thema Rassismus

Beschlussvorschlag

Siehe Antragstext.

Thomas Schmidt
Fraktionsvorsitzender

Sachverhalt

-13-

Eingang
am 22. April 2013

UBP-Fraktion im Rat der Stadt Castrop-Rauxel

Roschl T.	
Bäcker	
DeFord	
Fulgenzi	
Hilleringmann	
Eingang	24. April 2013
Bereich 13	
Roschl M.	
Wegner	
Azubi 1	
Azubi 2	

An den
Rat der Stadt Castrop-Rauxel
z. Hd. Herrn Bürgermeister Beisenherz
Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel



UBP-Fraktionsbüro
Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel

Castrop-Rauxel, 09.04.2013

Resolution zum Thema Rassismus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die UBP beantragt in der kommenden Ratssitzung

- Folgende Resolution zu beschließen
- Den Integrationsrat aufzufordern sich dieser Resolution anzuschließen und seinen Einfluss auf die in Castrop-Rauxel lebenden Mitglieder der „türkischen Community“ dahingehend zu nutzen, dass möglichst viele von diesen sich ebenfalls dafür einsetzen den Inhalt der Resolution zu kommunizieren und durchzusetzen.

„Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel verurteilt die rassistische Rhetorik der türkischen Gemeinde in Deutschland sowie deren menschenverachtende Instrumentalisierung von Opfern tragischer Unglücksfälle aufs Schärfste und fordert diese auf, sich unverzüglich und öffentlichkeitswirksam zu entschuldigen, ihre Aussagen zurückzunehmen und sich zu verpflichten Ähnliches künftig zu unterlassen.“

Begründung

Die türkische Gemeinde in Deutschland äußerte vor dem Hintergrund mehrerer Wohnungsbrände bei dem tragischerweise Menschen getötet wurden, künftig bei derartigen Fällen grundsätzlich von einem rechtsradikalen / rassistischen Hintergrund auszugehen.

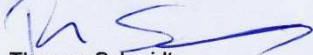
Zwar wurde die inhaltliche Unzulänglichkeit dieser Vorverurteilungen sehr schnell offensichtlich, dennoch schüren solche Aussagen bei vielen Menschen Angst, Furcht und Wut.

Daher sind Stellungnahmen dieser Art nicht nur aus intellektueller Sicht und unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten absolut untragbar, sondern grenzen darüber hinaus an Volksverhetzung.

Zudem sind sie aus unserer Sicht moralisch höchst verwerflich, da sie sämtliche Integrationsbemühungen untergraben und aushöhlen und das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft gefährden.

Völlig deplatzierte Äußerungen sind hochgradig gefährlich, denn sie radikalisieren die latent vorhandenen rassistisch begründeten Aversionen bestimmter Bevölkerungsgruppen gegen die Mehrheitsgesellschaft („Deutschenhass“), was mittelfristig zu einem gesellschaftlichen Klima führen wird, auf dessen Nährboden Straf- und Gewalttaten mit rassistischem Hintergrund rapide ansteigen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Schmidt
(Fraktionsvorsitzender)